

Wo Menschen im Schimmel hausen

Schon seit vielen Jahren bringt die Stadt Würselen Obdachlose an der Neustraße 40 unter. Die Zustände sind erschreckend.

VON JAN MÖNCH

WÜRSELEN Es heißt, der Zustand einer Gesellschaft lasse sich daran ablesen, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht. Wenn das stimmt, verrät das Haus in der Neustraße 40 in Würselen nichts Gutes über uns. Das Gebäude gehört der Stadt und wird schon seit vielen Jahren als Unterkunft für Obdachlose genutzt. Die Neustraße liegt am nördlichen Rande des Stadtgebiets und ist eher locker bebaut, es handelt sich also um einen Ort, wo das Haus und seine Bewohner nicht ganz so sehr stören. Viele derer, die hier wohnen, sind süchtig oder psychisch schwer krank oder beides. In der Neustraße 40 ist man ganz unten angekommen.

Aber bitte keine Namen

Im Erdgeschoss befindet sich ein kleines Zimmerchen, in dem die Wände schwarz vor Schimmel sind und das Klo kaputt, es stinkt bestialisch. Hier hausen ein Mann und eine Frau. Sie machen nicht den Eindruck, als hätten sie mit Besuch gerechnet, haben aber nichts dagegen, dass man eintritt. In der Zeitung sollen aber keine Namen erscheinen. Nur die Vornamen? Auch nicht. Fotos darf der Besuch gerne machen, solange die beiden nicht darauf zu sehen sind.

Mann und Frau wollen weiter zusammenwohnen. Aber nicht so, mit all dem Schimmel und dem kaputten Klo und dem Gestank. Der Mann wird wohl jenseits der 50 sein, er sitzt an einem Tisch und macht soweit einen recht rüstigen und geistig agilen Eindruck. Er sagt, dass er seit ungefähr vier Jahren in diesem Zimmer untergebracht sei. Nein, es sei nicht immer so verschimmelt gewesen.

Die Frau ist sicher älter als 60, sie liegt in ihrem schmutzigen Bett, ist wahrscheinlich pflegebedürftig. Das Kopfende ihres Betts grenzt an die verschimmelte Wand. Sie kann sich nur mit Mühe aufrichten und macht einen verwirrten Eindruck. Fragen scheinen nur bruchstückhaft zu ihr vorzudringen, sie kann nicht einmal sagen, seit wie vielen Jahren sie hier schon lebt. In un-

„Die Bewohner werden hier weitgehend sich selbst überlassen. Dabei bräuchten sie Betreuung durch Sozialarbeiter. Manche Bewohner wären dann vielleicht schon gar nicht mehr hier.“

Ratsfrau Claudia Küppers

zusammenhängenden Sätzen berichtet sie von all der verschmutzten Kleidung, die sie wegen des Schimmels habe wegwerfen müssen, und behauptet, dass sie immer genügend lüfte. Dann sinkt sie wieder auf ihr Bett. Es ist das blanke Elend, mitten unter uns, am Rande von Würselen.

Unsere Zeitung ist durch Claudia Küppers, die als Fraktionslose im Stadtrat sitzt, auf die Zustände in der Unterkunft aufmerksam gemacht worden. Sie hält die Unter-



Diese Wand gehört zu einem Zimmer im Erdgeschoss der Neustraße 40. Es ist wahrscheinlich das Zimmer im mit Abstand schlechtesten Zustand im ganzen Gebäude. Trotzdem waren hier ein Mann und eine Frau untergebracht. Dann erfuhr die Stadt Würselen davon, dass unsere Zeitung das Zimmer gesehen und fotografiert hat.

FOTOS: JAN MÖNCH

bringung des Mannes und der Frau in dem verschimmelten Zimmer für „mensenverachtend“. In den anderen Zimmern gebe es, soweit sie es sagen kann, keinen Schimmel. Was aber nicht bedeute, dass in der Neustraße ansonsten alles in Ordnung sei. Sie sagt: „Die Bewohner werden hier weitgehend sich selbst überlassen. Dabei bräuchten sie Betreuung durch Sozialarbeiter. Manche Bewohner wären dann vielleicht schon gar nicht mehr hier. Das Gebäude müsste unbedingt saniert werden.“

Das sind keine ganz neuen Feststellungen. Eigentlich sind sie sogar schon relativ alt. Die Würseler Politik hat im Sommer 2018 beschlossen, die Neustraße 40 zu sanieren und um eine Etage aufzustoßen. Damals war auch die Rede davon, dass für eine qualifizierte, durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) finanzierte Betreuung gesorgt werden soll, um die Situation der Bewohner zu verbessern. Später kommunizierte die Stadt, dass eine Aufstockung aufgrund von Hinterlassenschaften



Dieses WC gehört zu dem verschimmelten Zimmer, hier sieht es nicht besser aus.

des früheren Bergbaus nicht ohne weiteres möglich sei. Stattdessen geschah nichts von alledem, was man sich vorgenommen hatte. Keine Aufstockung, keine Sanierung, kein LVR.

Auf dem Flur sitzen einige Leute und trinken Bier, einer von ihnen im Rollstuhl. Ob man mal ihre Zimmer sehen dürfe? Nein, lieber nicht. Also einfach mal die Treppe rauf und klopfen. Die ersten beiden, die öffnen, wollen der Presse ihre Zimmer nicht zeigen. Der Dritte schließlich ruft den Besuch durch die geschlossene Tür herein. Er hat nichts dagegen, wenn man sich mal umsieht. Aber bitte nur kurz, er fühle sich kränklich und wolle eigentlich schlafen. Das Zimmer ist heruntergekommen und unordentlich, sieht also etwa so aus, wie man sich ein Zimmer in einer Obdachlosenunterkunft vorstellen mag. Schimmel ist nicht zu sehen.

Schäbig und sanierungsbedürftig

Dieser Bewohner ist noch jung, er liegt zusammengekrümmt auf dem Bett und interessiert sich nicht weiter für den Besuch, dreht ihm den Rücken zu. Als man ihm beim Rausgehen gute Besserung wünscht, dreht er sich plötzlich um, strahlt über das ganze Gesicht und bedankt sich. Die Tür fällt zu.

Auch die Flure sind schäbig und sanierungsbedürftig, das Gebäude sieht von innen ungefähr so aus wie von außen. Aber das ist nichts, was einen nach dem Schimmelzimmer noch schockieren würde. Und

melzimmer betrat, konnte sie kaum glauben, was sie da sah. Doch auch davon abgesehen hält sie die Zustände für untragbar.

Und „hanebüchen“ sei, dass eine Bewohnerin in dem Haus über sämtliche Zimmerschlüssel und auch als einzige über einen Briefkastenschlüssel verfügen soll. Sie betrachte sich offenbar als Hausmeisterin und regele auch die Verteilung der Post sowie den Zugang zu Waschmaschine und Trockner. „In meiner Anwesenheit schloss diese Bewohnerin dem Mitarbeiter der Stadt das Bereitschaftszimmer auf, da der Mitarbeiter im Gegensatz zu der Bewohnerin keinen Schlüssel hatte“, berichtet Claudia Küppers. Ihr sei von der Stadt bislang nicht nachvollziehbar erklärt worden, was es mit diesen Umständen auf sich hat. Und sie fragt sich, wieso in erster Linie das Ordnungsamt für die Unterkunft zuständig zu sein scheint.

Die Stadt erklärt auf Nachfrage unserer Zeitung, dass es sich bei der Neustraße 40 um eine Einrichtung handle, die Notsituationen abwenden solle. „Insofern besteht unsere gesetzliche Aufgabe als Ordnungsbehörde darin, Personen, die obdachlos sind, dort unterzubringen.

Eine soziale Betreuung ist gesetzlich nicht vorgesehen und wird von der Stadt Würselen auch nicht geleistet“, sagt eine Sprecherin.

Trotzdem stimme es nicht, dass die Bewohner sich selbst überlassen würden. Die Stadt stehe im Austausch mit dem sozialpsychiatrischen Dienst, zum Teil würden die Bewohner auch von gesetzlichen Betreuern unterstützt und die Fachberatung der Caritas in Anspruch genommen.

Beobachtungen des Ordnungsamts, das das Gebäude täglich überprüfe, „liefern wichtige Hinweise, inwiefern Hilfe notwendig ist“. Reparaturen und Sanierungen würden „regelmäßig nach Notwendigkeit erledigt und sind nicht zuletzt vielfach auf das Verhalten der Bewohner zurückzuführen. Sofern Zimmer unzumutbar werden, stehen den Bewohnern Alternativen zur Verfügung, die aber oft nicht angenommen werden.“ Auf die Frage, wann das Gebäude saniert wird, gibt es keine konkrete Antwort. Die Sprecherin geht auch nicht darauf ein, was es mit der ominösen „Hausmeisterin“ auf sich hat.

Und dann kommt das Ordnungsamt

Der Besuch unserer Zeitung in der Neustraße 40 findet am Mittwochnachmittag statt, die Stadt wird noch am selben Nachmittag um eine Stellungnahme gebeten. Ab diesem Zeitpunkt weiß die Stadt also, dass die Presse sich für die Obdachlosenunterkunft interessiert. Am Donnerstag bestätigt die Stadt auf erneute Nachfrage, dass die Bewohner des verschimmelten Zimmers gerade dabei seien, in ein anderes Zimmer umzuziehen. Hier sei „deren Mitwirkung erforderlich. Die Renovierung wird seit längerer Zeit vorangetrieben, ist aber bisher daran gescheitert, dass die Bewohner nicht umgezogen sind.“

Am Freitagvormittag gegen 10 Uhr steht Claudia Küppers mit dem Mann, der das verschimmelte Zimmer bewohnt hat, vor dem Grundstück in der Neustraße. Sie sagt, dass das Ordnungsamt ihr gerade einen Platzverweis erteilt habe. Der Mann berichtet, dass er und die Frau jetzt in verschiedenen Zimmern untergebracht werden sollen, jeweils zusammen mit anderen Personen, mit denen sie sich nicht verstehen. Dabei habe er sich doch um die Frau gekümmert. Sie hätten das Zimmer verlassen wollen, aber gemeinsam. Ihre Sachen hätten sie nicht mitnehmen dürfen, wohl des Schimmels wegen.

Vor dem Gebäude stehen einige Mitarbeiter des Ordnungsamts. Ob das mit dem Platzverweis für Frau Küppers stimme? Kein Kommentar. Und nein, unsere Zeitung dürfe das Gebäude nicht betreten. Wieso denn nicht? Hier seien Arbeiten zu erledigen, man wolle nicht gestört werden.



Dass das Gebäude dringend saniert werden muss, ist schon von außen zu erahnen. Die Politik fasste bereits 2018 einen entsprechenden Beschluss, der aber nie umgesetzt wurde.



Dasselbe Zimmer: Auf der Matratze auf dem Boden nächtigte bisher der Mann, der in dem Zimmer lebte.

KURZ NOTIERT

Luchs aus dem Wildpark Gangelnt entlaufen



GANGELNT Ein Luchs ist im Zuge des Sturms aus dem Wildpark Gangelnt entlaufen. Bislang konnte die Raubkatze noch nicht wieder eingefangen werden. Von dem siebenjährigen Weibchen mit dem Namen „Jumper“ fehlt bislang jede Spur. Am Samstagmorgen war im Wildpark festgestellt worden, dass in der Nacht von Freitag auf Samstag ein Baum auf den Zaun des Luchsgeheges gestürzt war. Das nutzten drei der Raubkatzen zur Flucht. Zwei davon konnten in der Nähe mit einer Wärmebildkamera in einem Gebüsch aufgespürt werden. Nur „Jumper“ war verschwunden. Das Luchsweibchen kennt sich in der freien Wildbahn allerdings nicht aus. Es ist im Gehege aufgewachsen. Große Fallen mit Ködern sollen helfen, es einzufangen. Menschen sollen nicht zum Beuteschema der Raubkatze gehören. (ger)

Tödlicher Unfall auf A46: Fahrer wird obduziert

JÜCHEN Nach dem Unfall eines Falschfahrers, bei dem er und ein weiterer Autofahrer ums Leben kamen, ermittelt die Polizei in Düsseldorf den Hergang. Bei der Kollision war mitten in der Nacht ein 26-jähriger Mann mit seinem Auto auf der Autobahn 46 bei Mönchengladbach in der falschen Richtung unterwegs. Bei Jüchen kollidierte er frontal mit dem Wagen eines 39-jährigen Fahrers, der in Richtung Heinsberg fuhr. Beide Männer starben. Die Leiche des aus Baesweiler stammenden Unfallfahrers soll nach Angaben der Düsseldorfer Polizei von Montag obduziert werden. Zur Unfallaufnahme war die Autobahn bis Sonntagmittag gesperrt. (dpa)

Mehrere Verstöße in Waffenverbotszonen

BOCHUM/DORTMUND/GELSENKIRCHEN Eine „deutlich zweistellige Zahl“ an Verstößen gegen die verschärften Vorschriften zum Mitführen von Waffen hat die Bundespolizei an mehreren NRW-Bahnstationen registriert. An den Hauptbahnhöfen in Bochum, Gelsenkirchen und Dortmund hatte die Bundespolizei vom vergangenen Mittwoch bis zum Montagmorgen temporäre Waffenverbotszonen eingerichtet. Nach Angaben von Sprecherin Anne Rohde von der Bundespolizeiinspektion Dortmund sind diverse gefährliche und in diesen Zonen verbotene Gegenstände sichergestellt worden. Dazu kamen laut der vorläufigen Bilanz weitere Delikte im Zusammenhang mit Drogen. Insgesamt lag die Zahl der Verstöße im „mittleren zweistelligen Bereich“. (dpa)

Persiflagewagen werden vorgestellt

KÖLN Der Kölner Karneval gewährt schon vor dem Rosenmontag, nämlich bereits an diesem Dienstag (11.00 Uhr), einen Blick auf die diesjährigen Persiflagewagen in der Wagenhalle des Festkomitees. Ihren großen Auftritt haben die 22 Karnevalswagen mit den kritisch-ironischen Motiven in diesem Jahr aber nicht wie sonst beim Rosenmontagszug durch die Stadt. Wegen der Corona-Pandemie rollt der Zug in diesem Jahr durch das Rheinenergiestadion in Köln. Dann sind nicht nur die 22 Persiflagewagen sondern auch Tanzgruppen, Spielmannszüge, Pferde, Kutschen und Bagagewagen dabei. Anschließend werden die bunten Wagen auf zwölf Plätzen in der Kölner Innenstadt ausgestellt. So können auch Karnevalisten, die nicht im Stadion sein können, die Herzstücke des Rosenmontagszugs sehen. (dpa)

Ordnungsamt behindert Journalisten

Der Skandal in einem Würselener Übergangsheim zieht Kreise. Platzverweise für Ratsfrau und Pressevertreter.

VON JAN MÖNCH, STEPHAN MOHNE UND OLIVER SCHMETZ

WÜRSELEN/AACHEN Die beiden Männer plätzen ziemlich plötzlich in das Gespräch im Treppenhaus hinein. Sie stellen sich als Mitarbeiter des Ordnungsamts der Stadt Würselen vor. Ihr Ton ist bestimmt, freundlich geht anders: „Was machen Sie hier?“, fragen sie die beiden Journalisten. „Wir unterhalten uns hier mit den Menschen“, antworten diese.

Diese Antwort scheint den Wortführer der beiden städtischen Bediensteten nicht zu erfreuen. „Das dürfen Sie nicht, das ist hier kein öffentliches Gebäude“, sagt er und fügt hinzu: „Verlassen Sie bitte das Haus.“

„Das Haus“ ist die Obdachlosenunterkunft an der Neustraße 40 im Würselener Norden, die am Tag zuvor Schlagzeilen gemacht hat. „Wo Menschen im Schimmel hausen“, titelte unsere Zeitung einen Artikel über die unzumutbaren Zustände in dem Gebäude. Absolut unzumutbar vor allem in einem völlig verschimmelten Raum, in dem ein Mann und eine vermutlich pflegebedürftige Frau wohl bereits seit Jahren untergebracht sind.

Nicht das erste Mal

„Menschenverachtend“ hat die fraktionslose Würselener Stadträtin Claudia Küppers diese Wohnverhältnisse genannt. Sie hat die Missstände angeprangert, sie kümmert sich um einige der Bewohner, um die sich sonst offenbar kaum jemand kümmert. Sie wurde bereits am Freitag des Hauses verwiesen.

Auf so etwas Ähnliches läuft es an diesem Sonntagmittag auch im Treppenhaus der Unterkunft hinaus. Die beiden Journalisten fangen an, mit den Mitarbeitern des Ordnungsamts zu diskutieren – allein schon deshalb, weil sie der Meinung sind, dass nicht das Ordnungsamt eigenmächtig darüber entscheiden kann, wen Bewohner des Heims als Besucher empfangen dürfen.

Bereits am vergangenen Freitag hatte das Ordnungsamt einem der beiden Reporter unserer Zeitung den Zugang zu dem Gebäude verweigert und an Bürgermeister Roger Nießen (CDU) sowie den Beigeordneten René Strotkötter verwiesen. Unsere Zeitung erkundigte sich daraufhin per E-Mail bei beiden, ob es in ihrem Sinne sei, dass der Presse der Zugang zu dem Haus verweigert wird.



In diesem völlig verschimmelten Zimmer in der Neustraße 40 hausten wohl über Jahre ein Mann und eine Frau. FOTO: JAN MÖNCH

Beigeordneter Strotkötter behauptete daraufhin, ebenfalls per Mail, dass es sich bei der Neustraße 40 um kein öffentliches Gebäude handle und der Zutritt nur berechtigten Personen möglich sei. Damit widersprach er der eigenen Satzung, in der steht, dass diese Unterkünfte als „öffentliche Einrichtungen“ betrieben werden und „bestimmten Personen oder Gruppen“ das Betreten zwar untersagt werden könne, allerdings nur „in besonderen Fällen“ und „zur Wahrung der Interessen der Benutzer/Benutzerinnen“. Strotkötter gab dem Reporter weiter zu verstehen, dass er dessen Vorgehen als „sehr bedauerlich“ empfinde. Bürgermeister Nießen antwortete nicht.

Unsere Zeitung entscheidet sich am Sonntagmittag dennoch für einen weiteren Besuch vor Ort, dieses Mal zu zweit. Die Journalisten unterhalten sich dabei unter anderem mit einigen Bewohnern des Hauses, die dazu ausdrücklich bereit sind, und betreten dazu auch Zimmer mit der Erlaubnis der jeweiligen Bewohner. Ein Bewohner berichtet, dass

ihm Mitarbeiter des Ordnungsamts am Abend vorher eindringlich zu verstehen gegeben hätten, er solle nicht mehr mit der Ratsfrau Claudia Küppers und auch nicht mehr mit der Presse sprechen. Dann taucht das Ordnungsamt auf und es kommt zu der Diskussion im Treppenhaus. Einer der beiden Mitarbeiter des Ordnungsamts spricht schließlich Platzverweise gegen die Journalisten aus.

Gegen Ratsfrau Claudia Küppers indes war bereits am Freitag ein Platzverweis ausgesprochen worden, weil sie angeblich „Umzüge innerhalb des Hauses mehrfach gestört und behindert“ habe, wie Beigeordneter Strotkötter in seiner E-Mail erklärte. Der Platzverweis sei „unumgänglich“ gewesen. Dabei waren die Umzüge wohl auf das Engagement von Küppers und die bevorstehende Berichterstattung zurückzuführen. Denn zwei Tage nach der ersten Anfrage unserer Zeitung in der Sache sollten die beiden Bewohner das verschimmelte Zimmer, in dem sie jahrelang gelebt hatten, plötzlich verlassen und

– getrennt voneinander – in anderen Zimmern untergebracht werden. Ihr Hab und Gut durften sie nach Aussage des Mannes wegen der Kontamination durch den Schimmel nicht mitnehmen, auch keine Kleidung, nicht einmal Unterwäsche.

Die Stadt Würselen veröffentlichte am Montag eine Stellungnahme, in der sie die in unserer Berichterstattung getätigten Aussagen als „in Teilen unrichtig und vor allem unvollständig“ einstufte. Auf die Platzverweise für die beiden Journalisten ging sie dabei nicht direkt ein, obwohl zuvor explizit danach gefragt worden war. Sie stellte aber fest, dass die Anwesenheit unserer Reporter bei Bewohnern „für großen Unmut“ gesorgt habe, diese hätten sich „belästigt“ gefühlt.

Weiter wurde erklärt, dass das Gesundheitsamt der Städteregion die Unterkunft erst 2020 in Augenschein genommen habe. „Fachberatende Stellen“ hätten bestätigt, dass die Unterkunft in einem „überdurchschnittlichen Zustand“ sei. Fielen

Schäden an, seien diese oft durch die Bewohner verursacht worden, so seien beispielsweise Toiletten mit Lebensmitteln oder Kleidungsstücken verstopft worden. Die beiden Bewohner des verschimmelten Zimmers indes hätten sich bislang geweigert, dieses zu verlassen. Nach Darstellung des männlichen Bewohners hingegen hatten er und seine Mitbewohnerin das Zimmer sehr wohl verlassen, jedoch zusammen untergebracht bleiben wollen. „Ohne mich kommt sie nicht zu recht, sie ist total hilflos.“

Gesundheitsamt schaltet sich ein

Derweil hat sich am Montagmorgen das städteregionale Gesundheitsamt in Aachen in den Fall eingeschaltet, das durch den Bericht unserer Zeitung auf die Zustände in der Unterkunft aufmerksam geworden war. „Wir haben darüber vorher keine Meldung erhalten“, sagte Gesundheitsdezernent Michael Ziemons zu dem Umstand, dass ein Mann und seine gesundheitlich stark beeinträchtigte, vermutlich pflegebedürftige Mitbewohnerin über Monate, wenn nicht sogar über Jahre hinweg dort in einem stark verschimmelten Zimmer untergebracht waren. Weder der gesetzliche Betreuer der Frau noch das Ordnungsamt hätten das Gesundheitsamt informiert, sagt der Dezernent. Und: „Bei so einem Schimmelbefall muss man die Leute da rausholen, da gibt es keine Alternative“, so Ziemons.

Am Montagmorgen habe man mit Vertretern der Stadt Würselen gesprochen, das verschimmelte Zimmer wurde dann am Vormittag versiegelt. Bis dahin hatte der Mann noch dort gewohnt. Das Gesundheitsamt wird sich die Unterkunft in Kürze genau ansehen. „Eine schnellstmögliche Begehung durch unsere Hygienemedizin wird gerade organisiert“, erklärt Ziemons. Man müsse vorab aber noch sicherstellen, dass man in alle Zimmer hineinkomme. „Und dann nehmen wir Proben, die ins Labor gehen.“ Womit man dann auch eine Aussage darüber treffen kann, wie gesundheitsgefährdend es war, Menschen über Monate und vielleicht sogar Jahre in einem völlig verschimmelten Zimmer hausen zu lassen. Die Stadt Würselen hatte erklärt, die Unterkunft werde täglich durch den Präsenzdienst des Ordnungsamtes überprüft.

„Man hat das Gefühl, das ist ein Feuer-Inferno“

In Essen gerät ein großer Wohnkomplex in Brand. Sturm „Antonia“ facht die Flammen an. 35 Wohnungen brennen aus.

VON ROLF SCHRAA, HELGE TOBEN UND CHRISTOPH DRIESSEN

ESSEN „Feuer, Feuer“, rufen Anwohner des gepflegten Wohnkomplexes mitten in der Essener Innenstadt am frühen Montagmorgen. Dann schlagen schon meterhohe Flammen aus der viereinhalbgeschossigen Anlage. Vom Sturm „Antonia“ wie durch einen Blasebalg angefacht, verbreitet sich der Brand über die Fassade und die Balkone rasend schnell in dem Wohnkomplex und zerstört in kurzer Zeit 35 Wohnungen. Weitere werden durch den Rauch schwer beschädigt.

Es ist einer der größten Brände in der Essener Stadtgeschichte seit Jahrzehnten. „Innerhalb von 20 Minuten stand das ganze Haus komplett in Flammen. Man hat das Gefühl, das ist ein Feuer-Inferno, in dem man sich hier befindet“, berichtet der 35 Jahre alte Lennart Diedrich – als direkter Anwohner einer der ersten Augenzeugen des Feuers.

Nur dank großen Glücks, eines massiven Einsatzes der Feuerwehr und der tatkräftigen Hilfe von Nachbarn gibt es keine Todesopfer. Drei Menschen kommen mit Rauchvergiftungen vorübergehend ins Kran-

kenhaus. Zuvor hatte Diedrich zusammen mit zwei Feuerwehrleuten einen Rollstuhlfahrer die Treppe hinuntergetragen. Ohne diese Hilfe hätte der Mann in Lebensgefahr geschwebt – den Fahrstuhl konnte er nicht mehr benutzen.

So groß sei die Hitze des Feuers gewesen, dass noch in 15 Metern Entfernung in anderen Gebäuden Rollläden geschmolzen und Scheiben geplatzt seien, berichtet die Feuerwehr. 128 Mieter verlieren bei dem Brand ihre Wohnungen.

Wie groß der Schaden ist, können Feuerwehr und Brandsachverständige am Montagmittag noch nicht beziffern, weil der Wohnkomplex einsturzgefährdet und deshalb nicht zu betreten ist. Mit Sicherheit geht es um etliche Millionen Euro.

Auch nach dem Ende der Hauptlöscharbeiten gibt es bis zum Nachmittag immer wieder Brandnester. „Das kann im Inneren immer wieder aufflammen und noch Tage dauern“, sagt ein Feuerwehrsprecher. Damit bleibt auch die drängendste Frage nach der Brandursache unbeantwortet.

„Die Nachrichten aus Essen sind erschütternd“, schreibt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) auf Twitter. „Viele Menschen haben über Nacht ihre Wohnung, Hab und Gut verloren.“

Ein Feuerwehrsprecher betont: „Die massive Brandausbreitung hat alle Einsatzkräfte sehr überrascht.“ So etwas habe man noch nie erlebt. Die Mieter werden in der Nacht zunächst in der nahe gelegenen Zentrale der Funke Mediengruppe und dann in einem umfunktionierten Hörsaal der Essener Universität untergebracht und mit Kaffee und Brötchen versorgt. Einige haben noch

Schlafanzug und Pantoffeln an – und Mäntel und dicke Jacken darüber.

Vorerst müssen die Mieter sich eine neue Bleibe suchen – sicherlich auch für längere Zeit, denn die Schäden sind massiv. Die meisten Betroffenen seien privat untergekommen, 27 Menschen müssten untergebracht werden, teilt die Stadt Essen mit. Das Wohnungsunternehmen Vivawest als Eigentümer des Hauses bietet den Mietern kurzfristig Zimmer in umliegenden Hotels an. Die Stadt Essen stelle außerdem Medikamente, Hygieneartikel und Kleidung für den Sofortbedarf zur Verfügung, heißt es in einer Mitteilung. Außerdem werde ein Spendenkonto eingerichtet.

Türen zuletzt 2021 gewartet

Der zerstörte Komplex war ein Bau von 2015, der gemäß den Vorschriften mit Brandschutzteilen gegen eine schnelle Verbreitung eines Feuers ausgestattet war. Die Türen seien zuletzt im März 2021 gewartet worden, sagt ein Sprecher des Hauseigentümers. Die Dämmung des Hauses erfolge überwiegend mit Mineralfaserplatten – weil diese weniger brandanfällig als Polysterol-Dämmstoffe seien.



Der Gebäudekomplex brennt erst lichterloh, 35 Wohnungen werden zerstört. Dank des Einsatzes der Feuerwehr und der Hilfe von Nachbarn gibt es keine Todesopfer. Drei Menschen erleiden Rauchvergiftungen. FOTOS: DPA, IMAGO

KURZ NOTIERT

Mord an Kind: Erzieherin muss lebenslang in Haft

MÖNCHENGLADBACH Das Urteil gegen eine Kita-Erzieherin in Viersen am Niederrhein wegen Mordes an einem zweijährigen Mädchen ist rechtskräftig. Die Frau sei vom Landgericht Mönchengladbach zu Recht zu lebenslanger Haft verurteilt worden, entschied der Bundesgerichtshof. Auch die Feststellung einer besonderen Schwere der Schuld sei rechtmäßig. Der BGH wies damit die Revision der Frau als „offensichtlich unbegründet“ zurück, wie er am Freitag mitteilte. Die Erzieherin soll der zweijährigen Greta während des Mittagsschlafes den Brustkorb zusammengedrückt haben, so dass sie nicht mehr atmen konnte. (dpa)

Köln: Friedensdemo für Rosenmontag geplant



KÖLN Nach einem vielerorts gedämpften Beginn des Straßenkarnevals richten sich vor allem in Köln die Blicke auf einen Rosenmontag unter Eindruck des Krieges in der Ukraine. Geplant ist eine Friedensdemo (Symbolfoto: dpa), bei der das Festkomitee Kölner Karneval mit vielen Menschen rechnet. „Die Kölner können nicht nur Party machen, die können auch feiern. Die können auch Solidarität zeigen“, sagte Komitee-Sprecher Michael Kramp am Freitag dem Sender WDR5. Er sei sich sicher, dass viele Kölner dem Aufruf folgen werden. „Weil die eben auch ein Ventil brauchen. Die wollen etwas tun für die Menschen in der Ukraine.“ (dpa)

Abellio-Aus: Züge fahren bald wieder „normal“

GELSENKIRCHEN Gute Nachricht für Bahnfahrer und Pendler: Einen Monat nach dem Aus des Regionalbahn-Unternehmens Abellio sollen die Züge im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen wieder „normal“ fahren. Nach dem Betreiberwechsel zum 1. Februar kehren die Nachfolge-Unternehmen am kommenden Montag (28. Februar) „weitestgehend zum regulären Leistungsangebot“ zurück, teilte der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) am Freitag in Gelsenkirchen mit. (dpa) Mehr Infos unter: <http://dpaq.de/q4Jzv>

NACHWUCHS

Duisburger Zoo: Freude über Bärenstummelaffe



DUISBURG Niedlicher Nachwuchs im Affenhaus des Duisburger Zoos: Ende Januar ist ein schneeweißes Bärenstummelaffen-Jungtier (Foto: dpa) geboren worden. Das teilte der Zoo am Freitag mit. Für den Erhalt der stark gefährdeten Primatenart, die in den Regenwäldern Westafrikas zu Hause ist, sei die Geburt des kleinen Männchens ein großer Erfolg. Affenmutter Black kümmere sich mit viel Liebe und Routine um ihren fünften Zögling, hieß es. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion

☎ 0241 5101-429
 ☎ Mo.-Fr. 10-18 Uhr
 ✉ region@medienhausaaachen.de

Jetzt sind sie weg

Sie hausten im Schimmel. Nun haben die Frau und der Mann die Obdachlosenunterkunft in Würselen verlassen.

VON STEPHAN MOHNE,
 OLIVER SCHMETZ UND JAN MÖNCH

WÜRSELEN/AACHEN Jetzt sind sie weg. Jahrelang hausten sie unter schlimmsten Bedingungen. So schlimm, dass einem Hygienemediziner des Gesundheitsamts schon nach wenigen Sekunden Augen und Schleimhäute brannten. Die völlig verschimmelten Räume in den Obdachlosenunterkunft an der Neustraße in Würselen sind mittlerweile versiegelt. Die Frau und der Mann, die darin „lebten“, haben das Haus nun verlassen. Aus unterschiedlichen Gründen.

Seit kurzem ist für die 62 Jahre alte Frau S. Benno Fleuster zuständig. Er wurde für sie vom Gericht als Betreuer bestellt, nachdem seine Vorgängerin ihr Mandat niedergelegt hatte. Bereits kurz nachdem er Frau S. erstmals gesehen hatte, ließ der Diplom-Sozialarbeiter seine Klientin wegen ihres Zustands ins Krankenhaus bringen. Das Ziel lautete, dass sie nicht mehr zur Neustraße zurückkehren sollte.

Doch es kam anders. „Vier Stunden später war sie schon wieder zurück in der Unterkunft“, berichtet Fleuster. Und fügt an: „Das konnte ich kaum fassen.“ Informiert worden sei er als Betreuer darüber seitens des Krankenhauses nicht. Für Fleuster blieb es dabei: Seine Klientin muss raus aus der Neustraße. Er beantragte beim Amtsgericht die Unterbringung von Frau S. zunächst in einem Krankenhaus. Seit Donnerstag ist die 62-Jährige im Aachener Klinikum und soll dort gründlich untersucht werden. Und es bleibt das Ziel: „Wenn es nach mir geht, kehrt sie nicht mehr in die Obdachlosenunterkunft zurück.“

Platz in der Altenpflege gesucht

Der Betreuer beantragt für sie eine Pflegestufe. Er will sie dann in einer Alteinrichtung unterbringen. Doch das wird schwierig: „Derzeit ist in der Städteregion kaum ein Platz zu finden“, berichtet Fleuster, der zu Beginn der Berichterstattung unserer Zeitung über die Zustände in der Neustraße nach eigenen Aussagen einen Anruf von einer Mitarbeiterin der Stadt Würselen erhielt. „Ich wurde gefragt, ob ich es gut finde, dass meine Klientin mit der Presse spricht.“ Er habe das so empfunden, dass man „erreichen wollte, dass ich diesbezüglich Einfluss auf meine Klientin nehmen möge. Warum sonst sollte man einem Betreuer eine solche Frage stellen?“ Die Stadt sagt auf Nachfrage dazu, die Mitarbeiterin bestreite dies.

Nach der Rückkehr aus dem Krankenhaus hatte man Frau S. in einem anderen Raum mit einer Frau untergebracht. Zwei Reporter unserer Zeitung haben sie in diesem Raum am vergangenen Sonntag besucht, bevor sie von Mitarbeitern des Ordnungsamts einen Platzverweis für diese Einrichtung erhielten. Das Zimmer, das sich Frau S. mit einer jungen Frau teilt, liegt hinter dem Wohnraum einer anderen Frau, die in der Unterkunft als eine Art „Haus-



Aus Angst floh er aus der Obdachlosenunterkunft: Gerd Surholt (54) lebte zehn Jahre in der Neustraße 40 in Würselen, einige davon in einem völlig verschimmelten Zimmer.

FOTOS: RALF ROEGER

meisterin“ fungierte. Um in das Zimmer von Frau S. zu gelangen, muss man das Zimmer der Hausmeisterin durchqueren.

Die Stadt sagt dazu: „Obdachlosenunterkünfte dienen primär dazu, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Erst nachrangig können dabei alle individuellen Interessen berücksichtigt werden, was die Stadt Würselen wenn möglich auch tut.“ Es habe kein gemeinsam nutzbares Zimmer zur Verfügung gestanden.

Die Frau, die das Durchgangszimmer bewohnt, gestattet den beiden Reportern am Sonntag das Durchqueren. Frau S. liegt in ihrem Bett, sie macht einen kranken, hilfs- und pflegebedürftigen Eindruck. Es stinkt durchdringend nach Urin. Es ist früher Nachmittag, Frau S. sagt, sie habe den ganzen Tag noch nichts gegessen. Und auch nichts getrunken, weil sie nicht will, dass sie zur Toilette muss. Diese liegt nicht an ihrem Zimmer, sondern ist nur über den Raum der „Hausmeisterin“ zu erreichen.



Hat seine Klientin aus der Obdachlosenunterkunft in Würselen herausgeholt: Betreuer Benno Fleuster. Für ihn ist das derzeitige System der Obdachlosenunterbringung „menschenverachtend“.

Der Mann aus dem Schimmelzimmer ist mittlerweile ebenfalls nicht mehr da. Gerd Surholt hatte Angst, weiter in dem Haus zu leben, wie die fraktionslose Stadträtin Claudia Küppers sagt. Sie hatte die Zustände in der Neustraße öffentlich gemacht. Danach erteilte der städtische Beigeordnete René Strotkötter ihr und ihrem Lebensgefährten Hausverbote für die Neustraße 40. Die Stadt sagt, man habe Surholt angeboten, einen Platz in einer Einrichtung einer Nachbarkommune zu organisieren. Das sei jedoch abgelehnt worden. Surholt sagt dazu, dass sein Lebensmittelpunkt in Würselen liege. „Da habe ich alles, da ist mein Leben.“ Außerdem lebe sein alter Vater dort, so der 54-Jährige.

„Der soll nur kommen“

Schon an jenem Sonntag, beim Besuch der beiden Reporter, sagt Surholt, dass er Angst um sein Leben habe. Zu Frau S., seiner Mitbewohnerin in den vergangenen Jahren, darf er nicht. „Wenn du hier reinkommst, schlage ich dich tot“, sagt die Frau, deren Zimmer er durchqueren müsste, im Beisein der Reporter zu ihm. Er werde auch von den Bewohnern bedroht, in deren Zimmer er nun ziehen soll. Diese wollen nicht, wie einer von ihnen an jenem Sonntag im Treppenhaus der Unterkunft den Reportern sagt, dass es noch enger wird in ihrem Zimmer. Und er fügt hinzu: „Der soll nur kommen. Ich habe zwar ein Bein weniger, aber ich habe immer noch meine Eier.“

Die Stadt sagt dazu: Die Person, die Surholt bedroht haben soll, habe kein persönliches Problem mit dem neuen Mitbewohner. Er habe nur Angst davor, dass durch dessen

Kleidung Schimmelsporen in das Zimmer gelangen könnten, da seine Lunge empfindlich sei: „Er habe ihm daher unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass er ihn mit seinen alten Kleidungsstücken nicht in das Zimmer hereinlassen werde. Hierzu habe er durchaus derbe Formulierungen genutzt.“

Es gibt in der Neustraße ein weiteres Zimmer, in dem zwei Männer wohnen. Beide bestätigen den Reportern, dass sie Surholt bei sich aufnehmen würden, „auch wenn das eng wird“, wie einer sagt. Doch das lehne der Präsenzdienst des Ordnungsamts, der für die Unterkunft zuständig ist, ab, sagt Surholt. Schikane?

Die Stadt sagt dazu, dass dieses Zimmer nur über zwei Plätze verfüge und diese eben belegt seien: „Insofern gab es hier keine freien Kapazitäten. Andernfalls wären wir dem Wunsch nachgekommen.“ Man kann das auch so sehen: Über Jahre war es kein Problem, dass Gerd Surholt und Frau S. in einem gesundheitsgefährdenden Zimmer wohnten. Aber zu eng darf es nicht werden. Das Zimmer, das man Surholt zugewiesen hat und in das er aus Angst vor den beiden Bewohnern nicht ziehen will, sei ein Zimmer mit vier Betten, sagt die Stadt. Dort seien Betten frei.

Gerd Surholt und ein weiterer Hausbewohner berichten den Reportern am dem besagten Sonntag außerdem, dass Mitarbeiter des Würseler Ordnungsamts auf sie einzuwirken versucht hätten, nicht mit der Presse zu sprechen. Dazu sagt die Stadt: „Nach nochmaliger intensiver Befragung der Kollegen weisen die Kollegen diesen Vorwurf zurück.“

Am darauffolgenden Freitag be-

stätigt Surholt seine Darstellung auf Nachfrage abermals eindeutig. Ein Mitarbeiter des Ordnungsamts, dessen Namen er nicht kenne, sei in sein Zimmer gekommen und habe wörtlich gesagt: „Herr Surholt, das Spielchen mit der Frau Küppers und der Presse muss ab sofort aufhören, sonst können wir auch noch ganz anders mit ihnen umgehen.“

Als er das sagt, sitzt Gerd Surholt im Foyer eines Hostels in Aachen. Am Montag, als das Schimmelzimmer versiegelt wurde, hat er die Notunterkunft in Würselen, in der er seit zehn Jahren gelebt hatte, verlassen. Die erste Nacht verbrachte er in einem Hotel in Würselen, seit Dienstag wohnt er in dem Hostel in Aachen. Vierbettzimmer, wechselnde Belegung, etwa 15 Euro pro Nacht. Die erste Nacht hat ihm Claudia Küppers bezahlt, jetzt zahlt er selber. „Das kommt bis Monatsende so gerade hin“, sagt er.

Er fühle sich ein bisschen verloren, antwortet er auf die Frage, wie es ihm gehe. „Ich hänge völlig in der Luft.“ Und er mache sich Sorgen um seine Sachen, die noch in der Neustraße sind. Kleidung, Papiere, wichtige Dokumente. Derweil bemühen sich Claudia Küppers und ihr Lebensgefährte darum, in Aachen für Gerd Surholt kurzfristig eine vorübergehende Unterbringung zu organisieren. Und mittelfristig eine Wohnung.

„Menschenverachtend“

Aber sind die dortigen Zustände ein Einzelfall? Die verschimmelten Räume in der Neustraße ragten schon heraus, sagt Benno Fleuster, der Klienten auch in anderen Unterkünften hat, unter anderem in Aachen. Unter dem Strich sagt er: „Diese Art der Obdachlosenunterbringung ist menschenverachtend.“ Auch in Aachener Einrichtungen treffe man auf schlimme Zustände, die meist von den Bewohnern selbst verursacht würden. Von Blut und Exkrementen in den Treppenhäusern angefangen bis hin zu Vermüllung, die Mäuse und Ratten anlockt. Ein weiteres Beispiel für schlimme Zustände schrieb bundesweit Schlagzeilen: der Kelmesberg in Stolberg. Dort beschloss man dann, die Häuser abzureißen und neu zu bauen.

Gibt es Alternativen? Fleuster nennt hier das „Housing first“, das aus den USA kam und das es mittlerweile auch bei uns in Städten wie Köln und Düsseldorf gibt. Dabei erhalten Obdachlose eine eigene Wohnung mit Mietvertrag inklusive allen Rechten und Pflichten. „Sie sind dann auch für ihre eigene Wohnung verantwortlich“, so der Betreuer. Meist wird „Housing first“ dabei von Vereinen umgesetzt. Benno Fleuster kann sich jedoch auch vorstellen, dass eine Stadt eine bestehende Obdachlosenunterkunft dergestalt umbaut, dass man dort „Housing first“ anbieten kann. Dazu sind jedoch zweierlei Dinge nötig: erstens der Wille, dies zu tun, und zweitens das Geld, um es tun zu können. Und an beidem scheint es mancherorts offenbar zu mangeln.

Zwölf Jahre Haft für Priester wegen Kindesmissbrauchs

Anklage gegen den 70-Jährigen umfasst 118 Tatvorwürfe. Außerdem muss er drei Nebenklägerinnen Schmerzensgeld zahlen.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

KÖLN Das Landgericht Köln hat am Freitag einen katholischen Priester zu zwölf Jahren Haft wegen des sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt. Der 70 Jahre alte Pfarrer muss außerdem drei Nebenklägerinnen Schmerzensgeld in Höhe von 5000, 10.000 und 35.000 Euro zahlen. Die Staatsanwaltschaft hatte 13 Jahre Haft gegen ihn gefordert, die Verteidigung maximal acht Jahre.

Die Anklage gegen den Priester umfasste 118 Tatvorwürfe. Demnach missbrauchte der Priester über viele Jahre hinweg Kinder und Ju-

gendliche. Das jüngste Opfer war ein neun Jahre altes Mädchen. Der Priester zwang Kinder zum Geschlechtsverkehr, zu Oralsex und zu vielen anderen sexuellen Handlungen. Während des Prozesses hatten sich weitere Opfer gemeldet, woraufhin die Anklage erweitert wurde und der Priester in Haft kam. Das Gericht sah Wiederholungsgefahr.

In dem seit November laufenden Prozess wurde deutlich, dass der Priester stets ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis auszunutzen Prozess wurde deutlich, dass der Priester stets ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis auszunutzen Prozess wurde deutlich, dass der Priester stets ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis auszunutzen

freizeit Heimweh hatte. In einem anderen Fall erweckte er den Eindruck, sich um die Tochter einer alkoholkranken Mutter kümmern zu wollen. Als Krankenhausesseelsorger baute er zu einer Familie ein besonderes Vertrauensverhältnis auf. In einem Fall schloss er mit Eltern eine „Therapievereinbarung“ für ihre angeblich jähzornige Tochter ab. Stets habe er dies dann dafür ausgenutzt, die Mädchen sexuell zu missbrauchen, so die Anklage.

Obwohl den Verantwortlichen des Erzbistums Köln immer wieder Vorwürfe und Gerüchte gegen den Pfarrer zugetragen wurden, er-

hielt er stets aufs Neue die Gelegenheit, mit Kindern allein zu sein. Das Erzbistum bezahlte sogar seine Anwaltskosten, nachdem vorübergehend gegen ihn ermittelt worden war. Die Ermittlungen wurden zunächst wieder eingestellt, weil die Nichten des Pfarrers ihre belastenden Aussagen zurückzogen.

Amtsträger des Erzbistums Köln haben in dem Prozess gleichwohl jede Mitverantwortung bestritten. „Wir haben konsequent gehandelt“, beteuerte etwa der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, früherer Personalchef in Köln, in seiner Zeugenvernehmung.

Der Vorsitzende Richter Christoph Kaufmann hat seine Irritation über die Haltung der katholischen Verantwortungsträger teilweise offen gezeigt. So fragte er den ebenfalls als Zeuge geladenen ehemaligen Kirchenrichter Günter Assenmacher, warum dieser keine eigene Recherche unternommen habe, um dem Fall auf den Grund zu gehen. Man könne einen Missbrauchsfall schwerlich durch Herumblättern in der Personalakte aufdecken, hielt er ihm vor. Assenmacher antwortete, weitergehende Untersuchungen seien nicht seine Aufgabe gewesen.



In diesem völlig verschimmelten Zimmer hausten ein Mann und eine Frau wohl über Jahre. Mittlerweile hat die Stadt es entkernen lassen, der Mann hat ein anderes Zimmer bezogen, die Frau lebt in einem Pflegeheim. FOTOS: JAN MÖNCH

Wo Menschen im Schimmel hausten

Im Februar machte unsere Zeitung Zustände in einem Würselener Obdachlosenheim öffentlich. Was hat sich getan?

VON JAN MÖNCH, STEPHAN MOHNE UND OLIVER SCHMETZ

WÜRSELEN Die Wohneinheit 5 ist unbewohnt. Sie hat es zu trauriger regionaler Berühmtheit gebracht. Zwei Menschen hausten dort jahrelang in gefährlichem Schimmelfall. Es stank bestialisch. Nach Hinweisen der fraktionslosen Ratsfrau Claudia Küppers machte unsere Zeitung diesen Skandal im Februar öffentlich. Schließlich handelt es sich um eine Obdachlosenunterkunft. Das Gesundheitsamt rückte daraufhin dort an, machte schwere Mängel aus und drängte auf Abhilfe. Die Rede ist von der Neustraße 40 in Würselen.

Die öffentliche Empörung war groß, was nicht nur an den Zuständen an sich lag, sondern auch maßgeblich mit der Reaktion der Stadt Würselen zu tun hatte. Sie behauptete, die beiden Bewohner seien an dem Schimmel selbst schuld, weil sie nicht genügend gelüftet hätten, und erließ strenge Besuchsregeln für die Neustraße 40 und weitere städtische Einrichtungen, angeblich wegen Corona. Ratsfrau Küppers, die auf die Zustände aufmerksam gemacht hatte, wurde mit einem Hausverbot belegt, und zwei Journalisten unserer Zeitung, die vor Ort recherchierten, erhielten durch das Ordnungsamt Platzverweise. Ein noch kontraproduktiveres Krisenmanagement ist nur schwer vorstellbar. Stellt sich Frage: Was ist seitdem passiert?

Die Stadt hat das Zimmer entkernen lassen. Aber es kann noch nicht wieder genutzt werden. Claudia

Küppers, die sich damals zunächst vergebens dafür eingesetzt hatte, dass die beiden Bewohner das verschimmelte Zimmer verlassen können und eine Betreuung aller Bewohner durch Sozialarbeiter erfolgt, ist der Meinung, dass sich bisher viel zu wenig getan habe.

Gesundheitsamt greift ein

Das Gesundheitsamt der Städteregion war im Februar nur drei Tage nach der ersten Veröffentlichung in der Neustraße 40. Ausweislich des Begehungsberichts, der unserer Zeitung vorliegt, lag in der Wohneinheit 5 ein Schimmelpilzbefall der Kategorie 3 vor, die eine großflächige Ausdehnung von mehr als einem halben Quadratmeter bezeichnet, die auch tiefe Gemäuerschichten erreicht. In diesem Zimmer dürfte die Fläche zehnmal so groß oder noch größer sein. Der Raum sei unbewohnbar, gegenüber dem restlichen Gebäude abzuschotten und müsse „umgehend“ saniert werden, heißt es in dem Bericht. Und dass der Prüfer beim Betreten umgehend über Augenreizungen klagte – trotz Schutzmaske. Eine Sanierung sei allerdings erst dann sinnvoll, wenn ein Bausachverständiger die Ursache der Durchfeuchtung untersucht habe. Anders als die Stadt hatte glauben machen wollen, war für die Mitarbeiter des Gesundheitsamts also offensichtlich nicht ausgemacht, dass etwa regelmäßigeres Lüften das Problem schon vermieden hätte.

Auch in anderen Gebäudeteilen wurde Schimmel festgestellt, jedoch

nicht so gravierend wie in der Wohneinheit 5. Fast alle Zimmer seien dreckig, unaufgeräumt und wiesen Spuren von Ungezieferbefall auf, steht weiter in dem Begehungsbericht, die Sanitäranlagen seien teils defekt. In einem Zimmer verrichtete die Bewohnerin ihre Notdurft in einen Haushaltseimer. Die Städteregion nannte verschiedene zu erledigende Maßnahmen, setzte dafür Fristen, mal bis Mitte März, mal bis April, und empfahl darüber hinaus eine Betreuung des Gebäudes durch einen Hausmeister und der Bewohner durch Sozialarbeiter.

Diese Fristen sind natürlich längst verstrichen, wurden aber nicht eingehalten. Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent der Städteregion, sagt dazu, dass es einen regen Schriftverkehr gegeben habe. Letztlich sei es so, dass die Stadt Würselen habe plausibel machen können, dass die Sanierung enorm aufwendig werde. Dafür müssten entsprechende Fachfirmen beauftragt und Pläne gemacht sowie Ausschreibungen vorgenommen werden.

Entrümpelt und renoviert

Nach Darstellung der Stadt ist dennoch vieles bereits geschehen. Man habe das Gebäude entrümpelt, in mehreren Wohneinheiten Schimmelsanierungen, Grundreinigungen und Renovierungen vollzogen, Steckdosen und Rauchmelder installiert, Malerarbeiten erledigt, das Außengelände aufgeräumt. Die Wohneinheit 5 werde im Zuge der Gesamtanierung des Gebäudes vorgenommen. Und die wird für die Stadt Würselen teuer: 1,2 Millionen Euro sind dafür eingeplant. Da fragt man sich, ob man so viel Geld in ein solches Haus stecken sollte oder nicht besser abreißt und neu baut. So ist es in einem ähnlichen Fall in Stolberg gemacht worden. Die Stadt Würselen sagt, dass 2018 festgestellt worden sei, dass die Grundsubstanz des Gebäudes solide sei. Damals war überlegt worden, ob man die Einrichtung erweitert oder aufstockt, was wegen Bergbauschäden im Untergrund nicht möglich war.

In Sachen Personal wurde mittlerweile ein externer Dienstleister beauftragt. Ein Hausmeister kümmert sich zwei Stunden am Tag um das Gebäude. Nach der Sanierung soll laut Stadt eine Sozialbetreuungsstelle ebenfalls durch einen externen Dienstleister eingerichtet werden.

Unterdessen ist die Staatsanwaltschaft Aachen nach mehr als vier Monate dauernden Ermittlungen zu dem Ergebnis gekommen, dass im Zusammenhang mit den Vorfällen rund um das Obdachlosenheim in der Neustraße „ein strafrechtlich relevanter Sachverhalt letztlich nicht festgestellt werden“ könne. So steht es in einem Einstellungsbeschluss der Behörde vom 28. Juni. Ausgelöst hatte die Ermittlungen die Strafanzeige eines Lesers unserer Zeitung. Der Mann hatte nach den ersten Berichten Anzeige gegen unbekannt erstattet und dabei ausführlich die in den Artikeln beschriebenen Missstände – die Unterbringung von Obdachlosen unter menschenunwürdigen Umständen und die Zwangsmaßnahmen des Ordnungsamts gegen die Ratsfrau und gegen Reporter unserer Zeitung – zitiert. Die Staatsanwaltschaft bat er um „Ermittlungen gegen alle involvierten Personen und um Prüfung auf alle in Betracht kommenden Straftatbestände“.

Insbesondere mit Blick auf die pflegebedürftige Frau, die in dem Schimmelzimmer hauste, sei es fraglich, ob gesetzliche Betreuer, Mitarbeiter des Ordnungsamts ordnungsgemäß erfüllt haben oder möglicherweise die Grenze zu strafbarem Verhalten überschritten wurde, schrieb der Leser in seiner Anzeige vom 24. Februar.

Die Staatsanwaltschaft kam zu dem Ergebnis, dass keine Rechtsbeugung, etwa durch Unterlassen, durch die Verantwortlichen der Stadt festgestellt werden konnte. Dieser Straftatbestand setze voraus, dass ein Amtsträger nur dann Täter sein könne, wenn seine Tätigkeit im Hinblick auf Aufgabenbereich und Stellung mit der eines Richters vergleichbar sei. Auch genüge für eine Straftat hier nicht bereits jede unrichtige oder unverantwortbare Entscheidung. Für ein Beugen des Rechts sei außerdem erforderlich, dass sich der Täter „bewusst und in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz entfernt“, heißt es. Doch dafür fehlten im vorliegenden Fall „zureichend konkrete Anhaltspunkte“.

Auch Straftaten wie vorsätzliche und fahrlässige Körperverletzung, gegebenenfalls auch durch Unterlassung, prüfte die Staatsanwaltschaft – und schloss sie ebenfalls aus. Hierbei rückt die potenziell gesundheitsgefährdende Unter-

bringung in einem völlig verschimmelten Zimmer in den Blick. Doch zum einen sei im Rahmen der Ermittlungen nicht festzustellen gewesen, wer genau für den Schimmelfall verantwortlich gewesen sei, schreibt die Staatsanwaltschaft. Und zum anderen bestehen aus Ermittlersicht „keine zureichend konkreten Anhaltspunkte dafür, dass die Bewohner der städtischen Unterkunft durch den Schimmelfall erkrankt bzw. in ihrer Gesundheit verletzt worden sind“. Allein die bloße Gesundheitsgefährdung der Bewohner stelle insofern noch keine Straftat dar.

Diffuses Krankheitsbild

Apropos Bewohner. Was wurde aus ihnen? Der Mann, der in dem Schimmelzimmer wohnte, lebt auch heute noch in dem Haus. Natürlich in einem anderen Zimmer. Und die Frau ist in einer Altenpflegeeinrichtung in Herzogenrath untergebracht, wo es ihr sehr gut gehe. Sagt Benno Fleuster aus Aachen, der seinerzeit als gesetzlicher Betreuer eingesetzt wurde und die Frau aus dem Schimmelzimmer herausholte. Wenngleich sie insgesamt ein diffuses Krankheitsbild zeige. Fleuster sagt gegenüber unserer Zeitung, er werde medizinisch prüfen lassen, ob die Frau durch die lange Unterbringung in der enormen Schimmelbelastung gesundheitliche Schäden davongetragen hat. Sollte dies der Fall sein, würde es dann für die Staatsanwaltschaft – siehe oben – doch noch interessant.



Auch die sanitäre Einrichtung der Wohneinheit 5 war in einem erbärmlichen Zustand.

Guten Morgen

Naseweis schaut dieser Tage mit Interesse nach Barcelona. Die Hauptstadt Kataloniens, stolze Metropole, Fußball spielen sie dort auch. Traditionsklub inklusive. Leute, die Naseweis viel bedeuten, verbringen dort zurzeit auf alle Fälle eine schöne Ferienwoche und wandeln auf den Spuren, nein, nicht Messis, sondern Gaudís! Grandioser Baumeister, das Stadtbild hat er geprägt wie kein zweiter. Aber auch den wunderbaren Komponisten Eric Woolfson, der einst mit dem Alan Parson's Project Weltruhm erlangte, hat er inspiriert. Woolfson schrieb ein Musical, das ebenso hieß, „Gaudi“ nämlich. Mit fabelhafter Musik, einer netten Geschichte und magischen Orten. Wo uraufgeführt? So isses: im Aachener Stadttheater am 9. Oktober 1993. Später wurde es dann noch in Alsdorf auf die Bühne gebracht. Als die Barcelona-Touris nun von der Kirche Sagrada Familia berichteten, schwirrten Naseweis die Melodien dieses Musicals durch den Kopf. Herrlich! Wer zu Hause noch die CD hat oder wer sich gerne ins Internet reingelugt, dem sei eine Erinnerungsrunde wärmstens empfohlen. Was für eine Gaudi!

Naseweis

Anzeige

AAMO
by geuppert
NEW COLLECTION
Couvstr. 11 | P | vis à vis Parkhaus | aamo.de

KURZ NOTIERT

Fahrbahn auf Euchener Straße ist abgesackt

NORDKREIS Die Städteregion macht auf eine Straßensperrung aufmerksam. An der Euchener Straße im Würselener Stadtteil Euchen ist die Fahrbahn wegen eines Schadens am Straßentwässerungskanal abgesackt. Der Kanal muss so schnell wie möglich repariert und die Fahrbahn wiederhergestellt werden. Für diese Notmaßnahme ist eine Vollsperrung der Straße erforderlich. Die Kreisstraße K3 in Euchen ist von Montag, 15. August, ab 8 Uhr zwischen der Kreuzung Broicher Straße/Euchener Straße und dem Ortsausgang in Richtung Alsdorf-Olden voll gesperrt. Die Sperrung wird voraussichtlich bis einschließlich Mittwoch, 17. August, andauern. Eine Umleitung wird über die L223 und die B57 eingerichtet. Die Aseag wird für den Busverkehr ebenfalls eine Umleitung einrichten. Die Städteregion Aachen bittet alle Verkehrsteilnehmer für die kurzfristigen Verkehrseinschränkungen um Verständnis. (red)

KONTAKT

Aachener Zeitung
Ausgabe Aachen Land
Aachener Volkszeitung

Lokalredaktion

☎ 02404 5511-30
🕒 Mo.-Fr. 9-18 Uhr
📧 lokales-alsdorf@medienhausaaachen.de
📍 Luisenstraße 16, 52477 Alsdorf

Kundenservice

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
📧 kundenservice@medienhausaaachen.de

Vor Ort:

Verlagsgebäude (mit Ticketverkauf),
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen
Mo.-Fr. 8-16 Uhr, Sa. 9-14 Uhr
(vorübergehend verkürzt)
Schreibwaren S. Breuer,
Rathausstraße 34, 52477 Alsdorf
Mo.-Do. 8.30-13 Uhr + 14.30-18 Uhr,
Fr. 8.30-18 Uhr, Sa. 8.30-13 Uhr

Anzeigenberatung für Geschäftskunden

☎ 02404 5511-21
📧 mediaberatung-alsdorf@medienhausaaachen.de
📍 Luisenstraße 16, 52477 Alsdorf

Aachener Zeitung
www.aachener-zeitung.de/kontakt



Das Gebäude an der Neustraße 40 ist alt und marode und soll für rund 1,2 Million Euro saniert werden.